

## Workshop „Grenzen der Solidarität“ bei der Labourstart-Konferenz am 24. Mai 2014

Referentin: Mag Wompel von Labournet Germany

### Ziel des Workshops:

Wie kann internationale Solidarität praktiziert werden angesichts zunehmender Konkurrenz um Arbeitsplätze, die auch internationaler Solidarität eine Grenze setzt, wenn Beschäftigte sich vor der Entscheidung sehen, ob ihr oder ein anderer Standort geschlossen werden soll? Was können Gewerkschaften tun, um nicht auf der Ebene von unverbindlichen Solidaritätsschreibern zu bleiben?

### Thesen der Referentin:

- Solidaritätskampagnen, so wichtig sie sind, finden ihre Grenze in der Notwendigkeit über einen Arbeitsplatz seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Dies wird verstärkt durch die verschärfte Lohnabhängigkeit, in die Beschäftigte durch den Abbau sozialer Sicherung getrieben wurden. Diese verschärfte Lohnabhängigkeit bildet die Grenze der internationalen Solidarität zwischen Arbeitern.
- Wenn Gewerkschaften für den Erhalt von Arbeitsplätzen kämpfen, und die Notwendigkeit von Kosteneinsparungen und internationaler Konkurrenzfähigkeit akzeptieren, können sie höchstens noch Vorschläge machen, wo das Geld eingespart werden soll. Sie können dann aber nicht für eine internationale Solidarisierung der Arbeiter kämpfen, sondern müssen die Logik der Standortkonkurrenz akzeptieren und sich für den Erhalt ihres Standortes (im Zweifelsfall gegen die anderen) stark machen.
- Der einzige Ausweg aus diesem Dilemma ist für Gewerkschaften, aufzuhören um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen und stattdessen für Existenzsicherung zu kämpfen. Lohnarbeit ist nur ein mögliches Mittel der Existenzsicherung, aber für die Gewerkschaften ist es überwiegend zum Selbstzweck geworden. Dabei erfüllt Lohnarbeit für immer mehr Menschen immer weniger überhaupt die Funktion der Existenzsicherung (und auch nicht die Funktion gesellschaftlicher Integration). Und keine Standortsicherungsvereinbarung hat jemals wirklich die Arbeitsplätze gesichert, die damit durch gewerkschaftlichen Lohnverzicht gerettet werden sollten.
- Eine Grundsicherung, die ein Leben auf würdevollem Niveau unabhängig von einem Arbeitsplatz ermöglicht, wäre eine alternative Möglichkeit der Existenzsicherung. Während bisher jede Belegschaft für sich allein und meist vergeblich gegen die Betriebsschließung kämpft, könnten Gewerkschaften gemeinsam für eine Anhebung der Grundsicherung auf z.B. 1.000€ monatlich kämpfen. Dann müssten Menschen nicht mehr so viel Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes haben und wären weniger durch Unternehmen erpressbar.
- Kostenfreie soziale Infrastruktur (Gesundheit, Bildung, Transport, Strom, Gas, Wasser etc.) würde ebenfalls die Abhängigkeit von Arbeitsplätzen mildern, da Menschen dann weniger Geld zum Leben bräuchten. Auch dafür sollten Gewerkschaften sich einsetzen, genauso wie gegen Privatisierungen und für Rekommunalisierung, wobei die öffentlichen Betriebe auch eine kollektive Verwaltung und gemeinsame Entscheidung über Arbeitsbedingungen beinhalten müssten.

### Hauptpunkte der Diskussion:

- Wie können Gewerkschaften für solche Dinge kämpfen, wenn das Streikrecht politische und Solidaritätstreiks ausschließt?  
Gewerkschaften sollten nicht darauf warten, ein politisches Streikrecht gewährt zu bekommen, sondern sich das einfach nehmen. In anderen Ländern sind Streiks komplett verboten und die

staatliche Repression ist stärker, und trotzdem sind die Gewerkschaften da kämpferischer als in Deutschland.

Die Frage ist allerdings, was für Konsequenzen es für Leute hat, sich an politischen Streiks zu beteiligen. In Australien wurden bisher nur die Gewerkschaften für unerlaubte Streiks bestraft, aber nach einer Verschärfung der Gesetze drohen nun auch Teilnehmenden Strafen bis zu 20.000\$. Das macht es für die Einzelnen extrem teuer, sich an Solidaritätsstreiks zu beteiligen. Nur durch eine sehr große Anzahl an Teilnehmenden ist es möglich, dass die Regierung es nicht in ihrem Interesse sieht, alle zu bestrafen. Je mehr Leute sich beteiligen, umso größer sind die Chancen, das Gesetz nicht angewendet wird. Das schließt die Suche nach Forderungen ein, die die Probleme möglichst vieler Leute berühren, so dass sie sich im Streik repräsentiert sehen und mitmachen wollen.

- Auch reguläre Streiks können von Gewerkschaften genutzt werden, um solche Forderungen zu artikulieren. Statt bei einem Streik des öffentlichen Nahverkehrs alles stillzulegen, haben französische Gewerkschafter während des Streiks weiter die Züge gefahren, aber sich geweigert, das Fahrgeld zu kassieren und damit direkt dem Unternehmen, aber nicht anderen Arbeitern geschadet – und während des Streiks mit den Fahrgästen über kostenlosen Nahverkehr diskutiert. Holländische Bahngewerkschafter bekamen sogar auf die bloße Androhung, kein Fahrgeld zu erheben, ein Angebot des Unternehmens vorgelegt. Französische Postgewerkschafter haben im Streik die Schecks für Arbeitslose weiterhin ausgetragen, aber keine Unternehmenspost. Französische Elektrizitätsarbeiter haben im Streik arme Haushalte, denen der Strom abgestellt worden war, wieder angeschlossen und stattdessen Politikern den Strom abgeschaltet. Wir sollten also nachdenken, wie wir unsere Streikformen besser für solche Forderungen nutzen können.

- Wird man nicht als unrealistisch beschimpft mit Forderungen nach 1.000€ Grundsicherung und kostenloser Infrastruktur?

Kostenlosen öffentlichen Nahverkehr gibt es in einigen Städten schon, das ist so utopisch also nicht. Wir müssen deutlich machen, dass unser Ausgangspunkt das ist, was wir als Menschen zum Leben brauchen – und dass das nicht verhandelbar ist, egal was es die Unternehmen oder den Staat kostet. Und dass wir das nicht nur für uns wollen, sondern für alle.

Unternehmen produzieren ohnehin nicht Güter, weil wir sie brauchen, sondern weil sie sich einen Gewinn davon erhoffen, aber wenn sie dann auch noch sagen, dass sie mit anständigen Löhnen keine ausreichenden Gewinne machen können, dann brauchen wir diese Firmen vielleicht einfach nicht. Wir sollten nicht in die Logik übernehmen, dass sich die Produktion für das Kapital lohnen muss; das ist nicht unser Problem. Wenn es für die Firmen nicht profitabel ist, können wir in den Betrieben selber produzieren.

- Gewerkschaftliche Bildungsarbeit muss weggehen von der Ausrichtung auf Produktivität.

Gewerkschaften sollten nicht akzeptieren, dass der Lebensstandard im Alter, Gesundheitsversorgung und die Bildung von Kindern von der Nützlichkeit von Beschäftigten für das Kapital abhängen soll und dass Schul- und Universitätsbildung Ausbildung für das Kapital ist. Gewerkschaften sollten aufhören die Arbeitslosen zu bekämpfen und anfangen sie zu vertreten.

- Informationsaustausch zwischen Produktionsstätten ist die Voraussetzung für internationale Solidarität, denn Unternehmen geben oft verschiedene Informationen an die verschiedenen Belegschaften. Solch ein Informationsaustausch war in der Vergangenheit jedoch nicht über die Europäischen Betriebsräte möglich, da dort jeder doch wieder das Wohl seines Standortes verfolgte. Dafür sind Kontakte an der Basis nötig. Durch solche Kontakte weigerten sich z.B. brasilianische Alström-Arbeiter die durch Streiks in Deutschland entstandenen Produktionsausfälle auszugleichen.

Labournet wird eine Spalte anlegen, wo diese Ideen weiter diskutiert werden können.